

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

BONNER POLITIK AUF UNSICHEREM KURS

Anfang September wurde in Bonn bekanntgegeben, Ministerpräsident *Chruschtschew* habe sich bereit erklärt, der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abzustatten. Ein Termin wurde nicht genannt; ein fixes Datum scheint noch nicht festgelegt worden zu sein. Man rechnet damit, daß der Besuch voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres stattfinden wird.

Ungünstige Position Erhards

Die Ankündigung einer Reise Chruschtschews nach Westdeutschland kam nicht überraschend. Bereits im Juni hatte der deutsche Botschafter in Moskau, *Gröppler*, beim sowjetischen Regierungschef in dieser Richtung sondiert. Als Ende Juli Chruschtschews Schwiegersohn *Adschubej* die Bundesrepublik bereiste, wiederholte ihm gegenüber Bundeskanzler Erhard die Einladung. Durch Vermittlung Adschubejs scheinen die letzten Schwierigkeiten beseitigt worden zu sein, die dem Besuch Chruschtschews entgegenstanden. So stimmte der sowjetische Ministerpräsident der deutschen Forderung zu, daß dem Themenkreis keine Beschränkung auferlegt werden sollte. Mit anderen Worten: Chruschtschew ist bereit, in Bonn auch über die *deutsche Spaltung* zu sprechen; das Problem der Wiedervereinigung wird also nicht schon von vornherein ausgeklammert.

Diese scheinbare Konzession Chruschtschews wird niemanden darüber hinwegtäuschen, daß nur *geringe Hoffnungen* auf konkrete Ergebnisse dieser deutsch-sowjetischen Zusammenkunft bestehen. Chruschtschew kommt gewiß nicht nach Bonn, um den Deutschen als Morgengabe die Wiedervereinigung anzubieten. Er hat dazu nicht den mindesten Anlaß, denn so, wie die Weichen gestellt wurden, wird Chruschtschew in der Bundesrepublik als Mann auftreten können, der die besseren Trümpfe in

seinen Händen hat und der genau weiß, daß sich sein Gegenpart in der schlechteren Position befindet.

Die Gründe, die Bundeskanzler Erhard bewogen haben, gerade jetzt auf eine Zusammenkunft mit Chruschtschew zu dringen, sind nicht ohne weiteres erkennbar. Wohl hat die Sowjetunion gegenwärtig mancherlei Schwierigkeiten, deren Bedeutung zweifellos nicht gering zu bewerten ist. Der Konflikt mit Peking verschärft sich zusehends, und auch in Osteuropa zeigen sich Risse im Gefüge des einst «monolithischen» Ostblocks. Aber bisher gibt es kaum Anzeichen dafür, daß der Westen aus dieser Lage für sich Gewinn zu ziehen vermag. Im Gegenteil, analog zur Entwicklung im Osten machen sich auch im Westen divergierende Tendenzen bemerkbar. Die Krise innerhalb der Atlantischen Allianz, die Differenzen zwischen Paris und Washington wie die von den USA und Großbritannien der Bundesrepublik nahe gelegte Empfehlung, selber einen aktiven Beitrag zur «Entspannung» zu leisten, dürften Erhard von Chruschtschews Besuch nur geringe Resultate erhoffen lassen. Die Gefahr, sich schließlich zwischen zwei Stühle zu setzen und sowohl die Angelsachsen wie Präsident de Gaulle, der ohnehin über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen verstimmt ist und seinem Groll unüberhörbar Luft gemacht hat, vor den Kopf zu stoßen, ist groß. Auf der andern Seite hat Chruschtschew eine klare Chance, aus dieser Situation Kapital zu schlagen und die Bundesrepublik, wie es seit der Entfesselung der Berlinkrise im November 1958 sein erklärtes Ziel ist, von ihren Verbündeten zu trennen und zu isolieren.

Innenpolitische Motive

Da die außenpolitische Lage kaum dazu angetan ist, ein Treffen mit Chruschtschew

für opportun zu halten, dürften es vornehmlich *innenpolitische Motive* gewesen sein, die Erhard bestimmten, die Einladung nach Moskau ergehen zu lassen. In der Bonner Innenpolitik zeichnet sich seit knapp einem Jahr ein in mancher Beziehung problematischer Trend zur Intensivierung der Kontakte mit der Ostzone ab, der die klaren Grundsätze, welche die Haltung Bonns während Jahren bestimmten, aufzuweichen droht. Als treibende Kraft wirkt hier die mit der CDU die Regierungskoalition bildende *Freie Demokratische Partei*. In den Reihen der FDP entstand eine — von der Parteiführung später freilich als «private» Arbeit bezeichnete — Denkschrift, in welcher eine Respektierung der Souveränität der DDR, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, ein Einfrieren der Atomrüstung und ein Abbau des «antikommunistischen Propagandazentrums in Westberlin» befürwortet wurde, sofern als Gegenleistung die Entfernung Ulbrichts, die Entstalinisierung der DDR und die Beseitigung der Mauer zu erreichen wäre.

Gefährlicher als diese mehr oder minder spekulativen Überlegungen war eine vom Bundesvorstand der Freien Demokraten im April dieses Jahres aufgestellte Forderung nach Schaffung eines *Amtes für innerdeutsche Kontakte*, das dem Vizekanzler und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Mende, hätte unterstellt werden sollen. Es war klar, daß die Errichtung einer solchen Kontaktstelle ein gewichtiges Stück aus dem Kompetenzbereich des Bundeskanzlers herausgebrochen und die Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR der Kontrolle eines Mannes unterworfen hätte, dessen verschwommene deutsch-nationale Auffassungen den verschiedensten Interpretationen Spielraum gewähren. Als öffentliche Kritik laut wurde, ist die FDP von diesem Projekt zwar abgerückt, und Mende beeilte sich, beruhigend zu versichern, es habe sich nur um Pläne zu einer Umwandlung der bereits bestehenden, dem Wirtschaftsministerium unterstehenden *Treuhandstelle für den Interzonenhandel* gehandelt. Das Mißtrauen gegenüber unberechenbaren Einzelgängen der Freien Demokraten blieb beim Koalitions-

partner trotz dieser Dämpfungsversuche des FDP-Vorsitzenden bestehen.

Dieses Unbehagen mußte sich noch vertiefen angesichts der Haltung der Freien Demokraten zu den in Berlin seit Monaten zwischen dem Westberliner Senatsrat *Korber* und dem ostdeutschen Staatssekretär *Wendt* geführten *Passierscheingesprächen* über die Modifikationen, unter denen Westberlinern das Betreten des Ostsektors der geteilten Stadt erlaubt werden sollte. Hier bewegte sich der Westen zweifellos auf Glatteis. Die Regelung, die anläßlich der Weihnachtsfeiertage des Jahres 1963 getroffen worden war, hatte Bestimmungen enthalten, die einer *Anerkennung der DDR* bedenklich nahe kamen. Bei den Bemühungen um neue Formulierungen zeigte sich die FDP gegenüber der DDR zu recht weitem Entgegenkommen bereit, im Gegensatz zur CDU und ihrem Kanzler, die entschlossen waren, Verzögerungen der Verhandlungen in Kauf zu nehmen, um nicht die von ihnen verfochtenen politischen Grundsätze aufs Spiel zu setzen.

Zweifellos werden die Freien Demokraten im kommenden Jahr aus ihren «gesamtdeutschen» Initiativen wahlpolitisches Kapital zu schlagen versuchen. Erhard, der mit einer gewissen Besorgnis diesem Urnengang entgegensieht, möchte sich offensichtlich ebenfalls einer starken Trumpfkarte versichern, von der er sich im Wahlkampf etwas verspricht. Er scheint überzeugt zu sein, daß sich das Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, gleichgültig wie die Gespräche auch ausgehen mögen, in Wählerstimmen ummünzen lasse. Ob die Rechnung aufgehen wird und ob schließlich nicht die außenpolitischen Nachteile die innenpolitischen Vorteile überwiegen, wird die Zukunft zeigen. Bei dem unsicheren Kurs, der in letzter Zeit in Bonn gesteuert wird, blickt man Chruschtschews Besuch mit starkem Pessimismus entgegen. Auch der neue Zwischenfall an der Berliner Mauer — beim Fluchtversuch eines jungen Ostberliners schossen die Volksarmisten auch nach Westberlin hinüber — und das Giftgas-Attentat auf einen Angehörigen der deutschen Botschaft in Moskau sind nicht dazu

angetan, die Befürchtungen zu zerstreuen, die sich angesichts der bevorstehenden Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten nach Westdeutschland aufdrängen.

Chaotischer Kongo

Vier Jahre sind es her, seit der Kongo seine Unabhängigkeit erhielt und fast gleichzeitig in ein unübersehbares Chaos versank, aus dem er sich bis heute noch nicht herauszuarbeiten vermocht hat. Die Intervention der Vereinigten Nationen im Spätsommer 1960 verhinderte zwar eine Ausdehnung des Konfliktherdes; Ordnung in die verworrenen Zustände vermochten aber die Vereinigten Nationen nicht zu bringen. Sie lieferten im Gegenteil sogar die einzige Provinz, in der auch nach Erlangung der Unabhängigkeit die Verwaltung noch funktionierte, den rohstoffreichen *Katanga*, der Anarchie aus, teilten die Provinz auf und zwangen den Regierungschef *Moïse Tshombé* zur Flucht ins Exil nach Spanien. Ende Juni 1964 war das Mandat der Vereinigten Nationen im Kongo erloschen, und die letzten Einheiten der UNO-Truppe verließen das Land. Ihr Abzug bestätigte die Vermutung, daß der Kongo weit davon entfernt war, befriedet zu sein. Die Autorität der von *Cyrille Adoula* geleiteten Zentralregierung reichte kaum über die Hauptstadt Léopoldville hinaus. Banden durchzogen die einzelnen Provinzen, plünderten und mordeten, der Osten fiel von Léopoldville ab, und von *Brazzaville* und *Usumbura* aus erhielten die Rebellen tatkräftige militärische Unterstützung, hauptsächlich dank umfangreichen *chinesischen Lieferungen*.

Tshombés Comeback

In dieses Tohuwabohu, das den unmittelbar bevorstehenden Zerfall des Kongo-Staates anzukündigen schien, wurde der von der UNO aus dem Katanga verjagte Tshombé als Ministerpräsident der Zentralregierung von Léopoldville zurückberufen. Niemand war gewillt, Tshombé großen Kredit zu geben. Ihm ging der Ruf voraus, ein Stroh-

mann der «Kolonialmächte» zu sein, und die sich «sozialistisch» gebärdenden jungen Staaten Afrikas sparten nicht mit scharfer Kritik am neuen Regime in Léopoldville. Tshombé ging jedoch mit ungewöhnlichem Geschick an seine Aufgabe. Es gelang ihm, von Amerika materielle und militärische Hilfe zu erhalten. Er warb sich eine Freiwilligentruppe an, welche die kongolesische Nationalarmee entlasten und für die Bekämpfung der Rebellen freimachen sollte. Tatsächlich errangen die Truppen Tshombés bald wichtige militärische Erfolge: *Bukavu* und *Albertville* am Tanganjikasee wurden von der Rebellenherrschaft befreit und damit die Autorität der Zentralregierung im Osten des Landes wieder hergestellt.

Noch wichtiger als diese militärischen Siege waren die politischen Überraschungserfolge Tshombés auf der *afrikanischen Außenministerkonferenz* in Addis Abeba. Als Tshombé nach der äthiopischen Hauptstadt flog, war seine innenpolitische Position bereits gefestigter als bei seinem Amtsantritt. Seine Armee befand sich auf dem Vormarsch; die Front seiner inneren Gegner aber hatte sich in mehrere rivalisierende Gruppen zersplittert. In Addis Abeba zeigte Tshombé nun eine unleugbare Meisterschaft im Überspielen seiner äußeren Widersacher. Durch ein ebenso bestimmtes wie konziliantes Auftreten durchkreuzte er alle Versuche, die kongolesischen Rebellen als gleichberechtigte Verhandlungspartner nach Addis Abeba einzuladen. Tshombé wurde schließlich von den übrigen afrikanischen Staaten stillschweigend als Chef der legalen kongolesischen Regierung anerkannt; er verhandelt mit der von der Konferenz eingesetzten und vom Premierminister Kenyas, *Jomo Kenyatta*, präsierten Kommission, welche die Streitigkeiten im Kongo beilegen soll. Angesichts der labilen politischen Verhältnisse in Afrika wäre es sicherlich verfrüht, Tshombés Anfangserfolge bereits als Wendung im Kongochaos zu bewerten; der Start, den dieser umstrittene Politiker sich zu schaffen verstand, ist jedoch für den Kongo ein vielversprechender neuer Beginn.

Fabius

DIE AUSSICHTEN FÜR DIE BRITISCHEN PARLAMENTSWAHLEN

Über die Aussichten der britischen Parlamentswahlen im Oktober gehen die Ansichten so weit auseinander, daß sie eine absolut sichere Prognose ausschließen. Eines bloß scheint festzustehen: Die noch im Frühjahr vorherrschende Überzeugung, daß die Konservativen eine niederschmetternde Niederlage zu erwarten hätten, mußte inzwischen vor der Meinung zurückweichen, daß ein konservativer Wahlsieg nicht ausgeschlossen werden könne. Dies scheint aus einigen der letzten «public opinion polls» hervorzugehen, so uneinig diese Befrager der öffentlichen Meinung untereinander auch sind. Jedenfalls hatte der dadurch bewirkte relative Optimismus in konservativen Kreisen einen wohlthuenden Einfluß auf die Londoner Börse, wo die Siegesgewißheit der Sozialisten eine gewisse Panik verursacht hatte. Mit Rücksicht auf die große Anzahl von Aktienbesitzern unter den britischen Wählern mag diese Börsenstimmung auch einen gewissen Einfluß auf die Stimmenabgabe haben.

Die Wahltaktik der Konservativen ist ja vor allem defensiv: «Die Konservativen versichern Euch größeren Wohlstand; das dürft ihr nicht verwerfen.» So lautet das Schlagwort. Wie weit es überzeugend sein wird für die nach ausgiebigen, sonnigen Sommerferien Heimkehrenden, gutbezahlten Angestellten und gutverdienenden Mittelstandsleute, muß abgewartet werden. Das gleiche mag für viele der finanziell zufriedenen Arbeiter gelten. Die große Ungewisse ist dabei die jüngste Generation der Wahlberechtigten, die vielleicht am meisten geneigt sein mag, ein neues Experiment machen zu wollen. Während des vergangenen Jahres hat sich das Durchschnittseinkommen der Arbeiter um 9% erhöht, und das mag wohl Hoffnungen erregen auf ähnliche Vergünstigungen in der Zukunft. Aber, wie der «Economist» (22. August 1964) warnt, ist jetzt die Produktion nicht mehr im Steigen begriffen, und die Lohnerhöhungen haben die Kosten der Industrie in einem gefährlichen Ausmaße vermehrt, was bereits ein Defizit in der Zahlungsbilanz zur Folge hatte.

Dies veranlaßte das «National Institute of Economic and Social Research», eine durchaus private Organisation, die Presse zu warnen, daß jede Regierung, ganz abgesehen vom Ausgang der Wahlen, gezwungen sein werde, «entweder direkte Maßnahmen zur Sanierung der Zahlungsbilanz zu ergreifen oder eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung zu riskieren». Die Presse machte daraus eine große Sensation, obgleich die Diagnose an sich bekannt war und von der Regierung durchaus nicht als Krisengefahr betrachtet wird. Wie der gleiche «Economist» feststellt, wird jede Regierung nach den Wahlen «vor allem eine wirksame Einkommenspolitik verbürgen müssen». Das bedingt aber eine Einstellung des ruinösen Lohnerhöhungswettkampfes der verantwortungslosen Gewerkschaftsführer, den Verzicht der Arbeiter auf ihren passiven Widerstand gegen größere Produktivität, ihre Bereitwilligkeit zur Umsiedlung in andere Industriegebiete und andere unpopuläre Einbrüche in die bereits traditionellen «Privilegien» der durch ihre Gewerkschaften so mächtig gewordenen Arbeiterklasse. Es wäre daher bedauernswert, wenn ein eventueller Wahlsieg der Konservativen bloß dem bereits zitierten Schlagwort und nicht der Erkenntnis der lebenswichtigen Wirtschaftsprobleme zu danken wäre. Das gleiche gilt übrigens mutatis mutandis für die Labour-Partei für den Fall, daß sie sich zu keiner der so notwendigen Reformen verpflichten würde. Ohne wesentliche Steigerung der Ausfuhr gibt es keine Wirtschaftssanierung.

Ebenso wichtig ist die klare Erkenntnis der außenpolitischen Probleme, über welche Konservative und Sozialisten sehr verschiedener Meinung sind und welche daher auf den Ausgang der Wahlen auch einen gewissen Einfluß ausüben werden. Sir Alec Douglas-Home hofft, die Mehrheit der Wähler überzeugen zu können, daß das Verlangen der Sozialisten nach einem völligen Verzicht auf eigene britische Kernwaffen Großbritannien der Reste seiner Stellung als unabhängige Weltmacht berauben würde. Er

rechnet dabei mit dem bekannten Nationalstolz der Engländer, der während der Suezkrise selbst unter Anhängern der Labour-Partei sich gegen die Opposition der Parteileitung gegen die Suez-Expedition bemerkbar machte. Dazu kommt die unbestrittene Tatsache, daß der Durchschnittsengländer in gefährlichen Zeiten im allgemeinen zu einer konservativen Führung ein größeres Vertrauen zu haben scheint. Demgegenüber versuchen die Sozialisten die Wähler zu überzeugen, daß sie viel größere Chancen hätten, sich mit Moskau zu verständigen, als die Konservativen und daher eine Labour-Regierung den Frieden besser garantieren könnte. Die Anziehungskraft dieser Art sozialistischer Propaganda darf nicht gering geschätzt werden. Im Gegenteil, die konservative Parteileitung hat so manches getan, um sich diesbezüglich in einem «besseren Lichte» zu zeigen. Dazu gehören nicht nur der Besuch Butlers in Moskau, sondern auch so manche überoptimistische Äußerungen des Ministerpräsidenten, dessen pessimistische Überzeugungen hinsichtlich Verständigungsmöglichkeiten mit den Moskauer Weltrevolutionären ein offenes Geheimnis sind. Die negativen Ergebnisse des Butlerschen Besuches bei den Kremlgewaltigen wurden von ihm offener zugegeben, als dies seitens des ebenso erfolglosen Wilson der Fall war. Die Außenpolitik der Konservativen ist durchaus amerikatreu und hält fest an dem «besonderen Verhältnis» zu den amerikanischen Bundesgenossen, das General de Gaulle als unvereinbar mit Großbritanniens Zugehörigkeit zu Europa bezeichnet. Die Politik der sozialistischen Parteileitung ist aber auch im Prinzip proamerikanisch. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß Wilson ein Gegner des Eintritts Großbritanniens in die EWG ist — außer im Falle weitgehender Konzessionen seitens der Sechs — als unvereinbar mit Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth, und das amerikanische Projekt einer «gemischten» NATO-Kernflotte ablehnt. Das mag aber auf die Wähler wenig Einfluß haben, da auch unter den Konservativen die Meinungen über beide Probleme auseinandergehen und überdies der große Erfolg der letzten Com-

monwealth-Konferenz die Sozialisten ihres populären Schlagwortes «Commonwealth first» beraubt. Jedenfalls werden außenpolitische Motive bei den Entscheidungen der Wähler kaum eine große Rolle spielen. Glücklicherweise sind eben die außenpolitischen Differenzen zwischen den beiden großen Parteien nicht sehr ernster Natur, und daher hüten sich die meisten Kandidaten der Labour-Partei, den Pazifisten, den einseitigen Anhängern der Abrüstung und Neutralisten, den Anhängern einer Verständigung mit Rußland um jeden Preis (Berlin vor allem) Vorschub zu leisten. Alle diese mehr oder weniger von den Kommunisten beeinflussten Gruppen können zwar unliebsame Demonstrationen veranstalten, aber zur Beeinflussung der Wahlen sind sie zu schwach.

Die Wahlaussichten der Liberalen werden im allgemeinen als sehr gering bewertet. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Liberalismus in Großbritannien wenige Anhänger hat. Im Gegenteil, er hat sehr viele Anhänger, was bei so manchen Ergänzungswahlen bewiesen wurde. Auch gibt es sehr viele unzufriedene Konservative, für welche die liberale Partei eine Alternative sein könnte. Sehr viele Liberale, die sogenannten «National-Liberalen», haben sich ja im Jahre 1931 der konservativen Partei (den «Unionisten») angeschlossen. Aber bei allgemeinen Parlamentswahlen, bei denen die relative Mehrheit in jedem Wahlkreis das Los der Kandidaten entscheidet, fürchtet eben der antisozialistische Wähler, durch Abgabe seiner Stimme für eine heute kleine und «aussichtslose» Partei den Sozialisten zum Siege zu verhelfen. Trotz der relativen Mäßigung der gegenwärtigen Leitung der Labour-Partei, in der ja die eigentlichen Marxisten gegenüber den «Radikalen» und «Christlichsozialen» in der Minderheit sind, spielt doch die Angst vor dem Etatismus der Sozialisten und vor ihrer Gegnerschaft zur freien Marktwirtschaft in der wahlpolitisch meist ausschlaggebenden «Middleclass» eine überwiegende Rolle. Auch werden so manche liberale Forderungen von einer konservativen Regierung berücksichtigt werden müssen, wie zum Beispiel eine bessere Altersversorgung, eine gerechtere Unfallversi-

cherung für Angestellte und so weiter. Eine der liberalen Hauptforderungen, eine umfassende Reform der für die Tätigkeit der Gewerkschaften mangelnden Gesetzgebung, ist ja auch im Programm der Konservativen enthalten. Streiks gegen den Willen der eigenen Gewerkschaft oder gar aus Gegnerschaft zu einer rivalisierenden Gewerkschaft müssen in Zukunft als illegal gelten; auch sonst sollten Streiks nur nach einer geheimen Abstimmung von den Gewerkschaften angeordnet werden können. Die von den Liberalen verlangte Massenbeteiligung der Arbeiter am Aktienkapital der industriellen Unternehmungen ist auch bei den Konservativen ein populäres Ideal. Diese liberalen Wünsche verfehlen selbst nicht ihren Eindruck auf die Sozialisten, wie dies Wilsons Verlangen nach der Mithilfe der Gewerkschaften zur Stabilisierung der Einkommen und Preise beweist. Die meisten Leute scheinen wohl die Erpressungsmethoden der Gewerkschaften und ihre Rivalitäten satt zu haben, um so mehr als die Lohntreiberei die ohnehin schon verringerten Exportmöglichkeiten bedroht. Ohne eine vermehrte industrielle Ausfuhr ist ja eine dauernde Sanierung der britischen Wirtschaft unmöglich.

Trotz aller dieser Erwägungen bleibt aber der Ausgang der Wahlen höchst ungewiß,

vor allem wegen den Merkwürdigkeiten des britischen Wahlsystems. Entscheidend sind ja die relativen Mehrheiten in den einzelnen Wahlkreisen und nicht die absolute Mehrheit der Wähler im ganzen Lande. Je mehr Kandidaten für ein Parlamentsmandat in einem Wahlkreis für Stimmen werben, desto größer sind die Aussichten einer Minderheitsregierung. In den meisten Wahlkreisen werden wenigstens Konservative, Liberale und Sozialisten kandidieren; in einigen werden noch Kommunisten, schottische oder wallisische Autonomisten, Unabhängige und so weiter dazukommen. Mit der (verhältnismäßigen) Ausnahme der letzten Parlamentswahlen waren beinahe alle Wahlen seit dem Ersten Weltkriege nicht im Sinne der absoluten Mehrheit im Lande ausgefallen. Sowohl konservative als sozialistische Wahlsiege waren relativ. Das macht natürlich jede Voraussage ungewiß. Nur die Liberalen verlangen eine Reform dieses Wahlsystems. Die beiden großen Parteien, die vom Standpunkt des Zweiparteiensystems ausgehen, sind aber mit dieser Anomalie ganz zufrieden, da sie ziemlich regelmäßig einmal der einen und ein anderes Mal der anderen Partei zum Siege verhilft.

Adam Romer

WEM NÜTZEN DIE OST-WEST-KONTAKTE?

Die *Freigewerkschaftlichen Nachrichten*, die von der AFL-CIO (American Federation of Labor — Congress of Industrial Organizations, Bureau Room 509, 1710 Broadway, New York 19) herausgegeben werden, veröffentlichten in ihrer Julinummer einen Aufsatz von *Anna Kethly* unter dem Titel «Wem nützen die Ost-West-Kontakte?» Anna Kethly war während der Revolution von 1956 Staatsminister in der Regierung Nagy, heute ist sie an führender Stelle unter den ungarischen Gewerkschaften im Exil tätig. Wir geben einen kurzen Auszug ihrer Ausführungen, die den Berichten westlicher Zeitungen und westlicher Geschäftsleute, die in Ungarn gewesen sind, widersprechen. Ungarn dient gegenwärtig als Aushänge-

schild für die im Westen geführte Koexistenzkampagne; es soll beweisen, daß die Diktatur nunmehr sanft geworden ist. Westliche Besucher, die nur wahrnehmen, was ihnen offizielle Begleiter zur Wahrnehmung anbieten, malen erfreuliche Bilder angeblicher Besserungen. Nur ein aufmerksamer Beobachter bemerkt hinter der glänzenden Fassade, daß die lebenswichtigsten Forderungen der Revolution von 1956 noch immer nicht erfüllt sind. Noch immer stehen Sowjettruppen auf ungarischem Boden, und in den modernen, neuen Wohnhäusern sind vielfach russische Familien für lange Frist einquartiert. Von freien Wahlen kann keine Rede sein, solange sie von russischen Truppen kontrolliert werden, ebensowenig von

der Abschaffung des Einparteiensystems oder von Presse-, Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit. Die Freiheitsrechte des Volkes, die Unabhängigkeit des Landes werden auf allen Sektoren der Politik, der Wirtschaft und der Kultur mißachtet. Die Lebenshaltung des Volkes wurde zu einem gewissen Grad erleichtert, aber das Land ist noch immer Ausbeutungsobjekt einer fremden Macht.

Das Volk ist apathisch und resigniert. Es herrscht eine bittere, feindselige Stimmung gegen die westlichen Bemühungen, durch Wirtschafts- und Kulturkontakte die Stellung der Diktatur zu festigen. In den ungarischen Zeitungen bildet das Jammern über die schlechte Stimmung in den Betrieben und über den passiven Widerstand bei der Arbeit fast eine ständige Rubrik. Eine ungeheuer angewachsene Bürokratie bekämpft einerseits eine Arbeitslosigkeit in den Reihen der Bevorzugten und schafft anderseits eine «innere» Arbeitslosigkeit. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter stehen nicht im Verhältnis zu den Preisen der Konsumgüter. Die Bauernschaft klagt über schlechte Versorgung. Renten und Pensionen liegen tief unter dem Lebensniveau. Die gelegentlich feststellbaren Verbesserungen in der Wirtschaft und im Leben der Arbeiterschaft greifen nicht in die Tiefe, stehen auf schwankendem Boden und verdienen nicht den Jubel, mit dem sie im Westen begrüßt werden. Die allgemeine Unsicherheit sollte westlichen Kaufleuten, die weder von den Leiden des Volkes noch von dem spezifischen Charakter der «Gewerkschaften» beeindruckt sind, eine Warnung sein.

Unter den Mitgliedern der kommunistischen Partei Ungarns, der heute kaum eine halbe Million Mitglieder der «neuen Klasse» angehören, regt sich — nicht eingestanden —

eine prochinesische Fraktion, die der verabschiedeten früheren Diktatur nachtrauert. Die Chinesen beanspruchen für sich das Verdienst, die Revolution von 1956 niedergeschlagen zu haben, indem sie Moskau zwingen, mit «harter Hand» gegen das ungarische Volk einzugreifen.

Im Jahre 1963 protestierte Rumänien gegen Comecon-Diktate, die den letzten Rest nationaler Souveränität vernichten würden. Auch verantwortungsbewußte ungarische Fachleute äußerten erhebliche Bedenken gegen gewisse im Comecon vorgeschlagene Maßnahmen, doch ist es undenkbar, daß die ungarischen Delegierten im Comecon gleiche Schritte wagen würden wie in Rumänien. Kadar muß sich als «braver Schüler» dükken, um für seine Regierung die unerläßliche Unterstützung Moskaus zu erhalten. Demgemäß hat auch das Scheitern der Comecon-Pläne in ihrer ersten Fassung am Protest Rumäniens in Ungarn eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.

Das ungarische Volk erinnert sich noch heute an die enorm hohen Summen in Friedens-Golddollars, die es nach dem Krieg als Wiedergutmachung an Moskau abliefern mußte. Was nach der Plünderung Ungarns durch die nationalsozialistischen Truppen noch übrig blieb, wurde von den Russen abmontiert. Auch die spätere Behandlung des besiegten «Bruderlandes» erfolgte mit der gleichen Unnachgiebigkeit. Die Behandlung der ungarischen Wirtschaft und der unerträgliche Druck auf dem politischen Leben beweisen, daß das Land mit Haut und Haar einer fremden Despotie ausgeliefert ist. Es wäre nützlich, daß die noch der «Befreiung» harrenden Völker die Erfahrungen Ungarns mit seinen «Befreiern» zur Kenntnis nehmen und daraus entsprechende Lehren ziehen würden.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein Jahr der Bewährungsproben

Die beiden letzten Landesausstellungsjahre 1914 und 1939 wurden zu Jahren weltpolitischer Krisen von katastrophalem Ausmaß — das EXPO-Jahr 1964 ist zu einem Jahr

außerordentlicher innenpolitischer Belastungsproben geworden. Es begann mit der unausweichlich scheinenden Konjunkturdämpfung, die Parlament und Regierung in die paradoxe Situation versetzte, den Wohlstand zähmen und dabei wirtschaftspoli-

tisches Neuland betreten zu müssen. Das war deshalb nicht einfach, weil der wirtschaftliche Organismus kein klar berechenbarer Mechanismus ist, sondern von mannigfaltigen außerwirtschaftlichen Faktoren politischer und psychologischer Art mitbestimmt wird. Ob das Experiment der staatlich dirigierten Konjunkturdämpfung gelungen ist, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. Die Tatsache, daß sich der Bundesrat anfangs September veranlaßt sah, das Gerücht, wonach die dringlichen Bundesbeschlüsse nicht zur Abstimmung gelangen und damit nach Ablauf eines Jahres erlöschen sollen, ausdrücklich zu dementieren, deutet jedenfalls darauf hin, daß in vielen Kreisen in bezug auf die Beurteilung der konjunkturpolitischen Entwicklung einige Unsicherheit herrscht.

Nach dem wirtschaftspolitischen Alarmzeichen im Spätwinter folgte im Frühjahr neben der Eröffnung der an dieser Stelle bereits gewürdigten EXPO jene politische Belastungsprobe, die von vielen Politikern und Beobachtern als ein eigentlicher Markstein in der Geschichte unseres Regierungssystems bezeichnet wird: die Auseinandersetzung um die «Mirage»-Angelegenheit. Und im Sommer schließlich mußte die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß es im Osten wie im Westen des Landes Kreise gibt, die sich in momentaner Verblendung dazu verleiten lassen, den politischen Stil und die politische Sitte aufs gröblichste zu verletzen. In Graubünden hielten es prominente Köpfe für richtig, im Zusammenhang mit verkehrspolitischen Postulaten zu Trotzköpfen zu werden und gar mit dem Austritt aus der Eidgenossenschaft zu drohen. Im Jura brachten es die von keinerlei Skrupeln belasteten Separatistenführer mit ihrer seit Jahren systematisch betriebenen Verhetzung der Jurassier dazu, daß eine militärische Erinnerungsfeier in einen Krawall ausartete, der seinesgleichen in der Geschichte des Bundesstaates sucht.

Die Stunde des Parlaments

In der «Zürcher Woche», einem jener Publikationsorgane, die immer mehr zur

Heimstatt jener «nonkonformistischen» Schriftsteller und Journalisten werden, denen nach der Formulierung der sozialdemokratischen Basler Abend-Zeitung «anscheinend die Schweiz verleidet ist», erschien im Mai (Nr. 21) ein Artikel von Hans Fleig unter dem Titel «Die Schweiz ohne Parlament». Dort konnte der verblüffte Bürger lesen: «Wir haben zweihundert Nationalräte und vierundvierzig Ständeräte, aber kein Parlament mehr. Ein Parlament hätten wir nur dann, wenn die ‚Volksvertreter‘ noch in der Lage wären, der Exekutive Weisungen zu erteilen und die Verwaltung zu kontrollieren. Dazu war der Ständerat nie in der Lage, der Nationalrat ist es seit Jahren nicht mehr.» Fleig suchte seine etwas «hemdärmlich» formulierten Urteile anhand der Konjunkturdämpfung und der «Mirage»-Angelegenheit zu begründen, wobei er im Brustton seiner wie immer nicht gerade der Selbstgerechtigkeit erman-gelnden Überzeugung beifügte: «Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß sich das Parlament ermannt und jenen, die mit ihm Schindluder treiben, ein hartes ‚quod non!‘ entgegengesetzt.»

Herr Fleig hat sich getäuscht. Die Schweiz *hat* ein Parlament. Die «Mirage»-Angelegenheit ist sogar zur eigentlichen «Stunde des Parlaments» geworden. Niemand wird dabei verhehlen wollen, daß auch unser Regierungssystem mit den Problemen der modernen Demokratie zu ringen hat. Die Exekutive mit ihrer «Expertokratie» droht der Kontrolle des nach wie vor nebenamtlichen Parlaments vielfach zu entgleiten. Und gerade der Fall der Flugzeugbeschaffung zeigt, daß auch der Regierungs- und Verwaltungsapparat selbst von der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung überrascht und überfordert werden kann.

Wenn nun heute, das heißt vor der Behandlung des Untersuchungsberichts in der Herbstsession der eidgenössischen Räte und damit vor der endgültigen parlamentarischen Verabschiedung des Geschäfts, von einer erfolgreich bestandenen Bewährungsprobe gesprochen werden kann, so nicht allein deshalb, weil sich das Parlament entgegen

den Unkenrufen ermannt und nicht als bloßer «Haufen» von kopfnickenden Interessenvertretern erwiesen hat, sondern wegen der Art, in der es zu Werke ging. Wenn die Planungs- und Verfahrensfehler so offensichtlich zutage liegen wie in der «Mirage»-Angelegenheit, dann ist es nicht allzu schwer, auf den Wogen der öffentlichen Erregung ein Feuerwerk parlamentarischer Kritik zu entfachen. Dafür zu sorgen, daß dabei nicht mehr als nötig Geschirr zerschlagen und daß der Zweck der Übung, das Vertrauen in Armee und Staatsführung wieder herzustellen, nie aus den Augen verloren wird, ist eine andere Sache. Dazu bedarf es eines großen Maßes an staatspolitischer Verantwortung und an parlamentarischer Selbstdisziplin.

Die eidgenössischen Räte haben bewiesen, daß sie beides besitzen. Die Debatte in der Junisession hatte ein erstaunliches Niveau. Sie glitt kaum je auch nur in die Nähe von parteipolitischen Fischzügen, und sie artete in keinem Augenblick in bloße Kopfjägerei aus. Die vorzügliche, ebenso speditive wie gründliche Arbeit der parlamentarischen Untersuchungskommission machte vollends klar, daß unsere Volksvertretung auch heute noch schwersten Aufgaben gewachsen ist.

Offene Fragen

Mit dieser Feststellung soll keineswegs versucht werden, die Angelegenheit zu verniedlichen. Der Tatbestand eines Vertrauensschwunds in Behörden und Armeeführung bleibt bestehen, auch wenn erwiesen ist, daß ihre persönliche Integrität nicht zur Diskussion steht. Rüstungspolitisch sind wir in eine Sackgasse geraten, aus der wir kaum ohne Schaden wieder herauskommen werden. Der Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf dringende Bedürfnisse anderer Waffengattungen steht die Tatsache gegenüber, daß die hundert «Mirage» einen integralen Bestandteil der neuen Truppenordnung ausmachen. Wenn die Fliegertruppen in ihren Mitteln eingeschränkt werden, so kann dies mit andern Worten nicht ohne Rückwirkungen auf die Gesamt-

konzeption der Landesverteidigung bleiben. Das Parlament, das seinen Willen, die Regierungsverantwortung aktiv mitzutragen, deutlich bekundet hat, steht hier auch auf weitere Sicht vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Was schließlich die institutionell-staatspolitische Seite der Angelegenheit betrifft, so wird sich das Parlament auch hier des rechten Maßes bewußt bleiben müssen. Es mag vieles für eine verschärfte Geschäftsprüfung sprechen, sie darf aber niemals in Schnüffelei ausarten. Die politische Verantwortung für die Verwaltung lag bisher in erster Linie bei der Exekutive, und so soll es auch bleiben. Und was den administrativen Ausbau des Parlaments anbelangt, so mögen zusätzliche Sekretariate manches für sich haben. Gerade bei einem nebenamtlichen Parlament ist indessen die Gefahr besonders groß, daß damit der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben und die drohende Expertokratie durch eine faktische Herrschaft der vollamtlichen Sekretäre ersetzt wird. Die Funktionsfähigkeit unseres Parlamentarismus ist letzten Endes nicht ein Problem des Apparates und der institutionellen Möglichkeiten, sondern eine Frage der persönlichen Qualität der Volksvertretung selbst. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Aspekt nicht zuletzt auch ein finanzielles Problem ist. Man kann auf die Dauer nicht erwarten, daß die besten politischen Köpfe die Hälfte ihrer Arbeitskraft dem Staat für ein Sackgeld zur Verfügung stellen, das kaum die Spesen deckt...

Ein Wendepunkt?

Man hat den von langer Hand gesteuerten Tumult von Les Rangiers als eine doppelte Herausforderung der Lebenden und der Toten bezeichnet. Und es ist auch das Wort «faschistisch» in diesem Zusammenhang gefallen. Selbst bei einigem zeitlichen Abstand wird man in der Tat den niederschmetternden Eindruck nicht los, daß der Berner Jura im wahrsten Sinn des Wortes von allen guten Geistern verlassen ist. Wie muß es in Menschen aussehen, die eine

Erinnerungsfeier an die Opfer derer, die in schwerer Zeit für eben jene von den Separatisten bis zum Überdruß strapazierten Grundwerte der Freiheit, Toleranz und Selbstbestimmung eintraten, dazu auswählten, um in ihrem vermeintlich guten Kampf für eine vermeintlich gute Sache die Würde des Bundesrates und damit die Würde des Landes in den Staub zu treten und allen demokratischen Idealen ins Gesicht zu schlagen? Es war ein Affront nicht nur der Eidgenossenschaft, sondern auch jenen Veteranen zweier Grenzbesetzungen gegenüber, die mit ihrer Pflichterfüllung dazu beigetragen haben, den freiheitlichen Rahmen unseres Gemeinwesens, auf den sich gerade die Separatisten besonders lautstark berufen, über die schweren weltpolitischen Krisen hinweg zu bewahren.

Doch die Empörung, in die sich in diesem Falle Deutsch und Welsch einmütig teilten, ändert nichts daran, daß es eine Jurafrage gibt, die weiter ungelöst bleibt und mit der wir weiterleben müssen. Niemand wird der Berner Regierung das Verdienst absprechen wollen, unter Voraussetzung der Einheit des Kantons alles für die Jurasier vorgekehrt zu haben, was sich innerhalb ein und desselben Gemeinwesens für eine Minderheit vorkehren läßt. Aber ebenso wenig läßt sich bestreiten, daß ein großes psychologisches Gefälle zwischen den beiden Kantonsteilen besteht, das durch manches Wort und manche unbedachte Geste von seiten «Altberns» eher noch verschärft als verringert worden ist.

Ein Problem der Denkart

Was also bleibt zu tun? Es scheint, daß doch ernsthaft die Frage eines Sonderstatuts diskutiert werden muß. Doch zwischen wem und in wessen Geist? Der Kern der Schwierigkeiten liegt darin, daß man nicht weiß, wer nun eigentlich für den Jura repräsentativ sprechen soll. Auch die Separatisten wissen um dieses Problem. Der Ursprung des Gesinnungsterrors, den sie erwiesenermaßen und teils mit Erfolg seit Jahr und Tag auszuüben suchen, scheint gerade darin zu liegen, daß sie ihren eigenen «Legitimi-

ätsanspruch», den sie offenbar mit demokratischen Mitteln nicht durchzusetzen vermochten, auf diese Weise zu realisieren versuchen. Diese Leute, deren Vorbilder weit eher unter den braunen Horden Hitlers und unter den französischen «Ultras» als unter den geistigen Ahnen der Eidgenossenschaft zu suchen sind, haben doch wohl nach den jüngsten Ereignissen jedes Recht verloren, als legitime Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Es hat keineswegs an glaubwürdigen Versuchen gefehlt, das Gespräch wieder in Gang zu bringen. Bundesrat Wahlen hat sich dafür eingesetzt, und repräsentative Institutionen wie die Neue Helvetische Gesellschaft haben mit Mut und Initiative die undankbare Rolle des Vermittlers übernommen. Sie alle sind von den Extremisten unter den Separatisten hinter Licht geführt worden. Der Generalsekretär und Wortführer der Separatisten sprach den Schlägern von Les Rangiers nach vollbrachter Schandtat das Bedauern darüber aus, daß er ihnen keine Verdienstmedaillen aushändigen könne. Und der gleiche Herr Béguelin fand auch nichts dagegen einzuwenden, daß am Separatistentag in Delsberg die französische Trikolore ostentativ neben der Juraflagge erschien. Das sind Symptome einer Geisteshaltung, die man hierzulande nicht für möglich gehalten hätte.

In dieser Richtung liegt der betrüblichste Aspekt der ganzen Frage. Man wird das bittere Gefühl nicht los, daß sich hier eine bestimmte Bevölkerungsgruppe oder doch ihre lautstärkste Schicht nicht nur außerhalb ihrer kantonalen Gemeinschaft, sondern auch außerhalb der eidgenössischen Denkart begeben habe. Es ist ein Kulturnationalismus am Werk, den man schon fast als Kulturfaschismus bezeichnen muß. Er ist durchtränkt von einer romantischen Selbstbestimmungsidee auf ethnischer Grundlage, wie sie heute die Politik vieler Führer Afrikas und Asiens — nicht immer zu ihrem und ihrer Völker Wohl — kennzeichnet. Beides steht in totalem Widerspruch zu unserer Staatsidee. Es macht gerade das Wesen und die Stärke der Eidgenossenschaft aus, daß sie nicht durch sogenannt

objektive Gegebenheiten, sondern durch den politischen Willen der Bürger zusammengehalten wird. Dieser täglich erneuerte Akt der Staatswerdung ist zugleich ein Bekenntnis zur Staatsform des Dialogs und des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten verschiedenster Art. Wenn es nicht gelingt, diesem Staatsgedanken auch im Jura wieder zum Durchbruch zu ver-

helfen, dann bleibt die Jurafrage unlösbar. Denn dann wären die Jurassier selbst in einem «Kanton Jura» nicht mehr in der Lage, eine Politik in eidgenössischem Sinn und Geist zu verwirklichen und mit den innerjurassischen Gegensätzen und Problemen fertig zu werden.

Spectator

DRITTE GENFER KONFERENZ ÜBER DIE FRIEDLICHE VERWENDUNG DER ATOMENERGIE

Vom 31. August bis zum 9. September versammelten sich in Genf mehrere tausend Delegierte und Beobachter aus 71 Ländern zur Dritten Internationalen Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie.

Nach den Jahren striktester militärischer Geheimhaltung hatte die erste Genfer Konferenz 1955 in sensationeller Weise technische Daten und Verfahrensweisen bekannt gemacht. In den auf 1955 folgenden Jahren zeigte sich ein oft überschwenglicher Optimismus und viele glaubten, das Zeitalter der Nutzung der Atomenergie stehe unmittelbar bevor.

Aber die technischen Schwierigkeiten waren größer als erwartet, das Know-how, welches zur Beherrschung all der neuen Probleme notwendig ist, fiel niemandem über Nacht in den Schoß, sondern mußte durch jahrelange Bemühung erarbeitet werden. So lieferte die zweite Genfer Konferenz 1958 den Spiegel intensiver weltweiter Bemühungen, aber auch das Abbild vieler Schwierigkeiten und langsamen, oft mühsamen Fortschritts. Enttäuschung und Skepsis waren die Folge.

Die Vereinigten Nationen ließen daher sechs Jahre verstreichen, bevor sie die Reaktor-Ingenieure der Welt zu einem dritten Treffen dieser Art zusammenriefen. Das Resultat ist ermutigend: Die dritte Genfer Konferenz bestätigte, gewissermaßen feierlich und öffentlich, daß die Erzeugung elektrischer Energie mit Hilfe von Atomreaktoren nunmehr möglich und konkurrenz-

fähig ist. Konkurrenzfähigkeit besteht heute in all jenen Weltteilen, in denen fossile Brennstoffe teuer sind; die Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Laufe der kommenden Jahre stetig steigern.

Organisation

Etwa 800 wissenschaftliche Arbeiten lagen der Konferenz vor und waren in den vier offiziellen Sprachen gedruckt erhältlich. Ungefähr die Hälfte der Arbeiten wurden in den Arbeitssitzungen in gekürzter Form mündlich vorgetragen. Dabei wurden jeweils inhaltlich verwandte Arbeiten zu einem Themenkreis zusammengefaßt, so daß die mündliche Präsentation die Basis für Fragen und Antworten bildete. Bei der Auswahl der Arbeiten für den mündlichen Vortrag wurden die verschiedenen Länder möglichst gleichmäßig berücksichtigt, so daß die Sitzungen einen interessanten internationalen Querschnitt durch das jeweilige Thema boten. Simultanübersetzungen bewundernswürdiger Qualität erleichterten das gegenseitige Verstehen.

Parallel zur Konferenz fand im Palais des Expositions eine Ausstellung statt, welche an Hand von Mustern, Modellen, graphischen Darstellungen und Photographien die Erfolge der einzelnen Länder darstellte. Im Gegensatz zu 1958 war diesmal die russische Ausstellung den Ausstellungen der westlichen Länder fast ebenbürtig.

Wir wenden unseren Blick einigen wesentlichen Punkten zu:

Heutige Leistungsreaktoren

Die heutige Generation von Leistungsreaktoren wird gebildet durch drei Systeme, welche in vier Ländern mit großem Aufwand an Forschungs- und Entwicklungsarbeit entwickelt wurden: Gasgekühlte Graphit-Reaktoren, Leichtwasser-Reaktoren amerikanischer Bauart und Schwerwasser-

Reaktoren kanadischer Bauart. Die folgende Tabelle zeigt die Größenordnung der Stromerzeugungskosten dieser Typen. Wir stellen hierbei statt eines einzigen Strompreises einerseits die Spaltstoff- und Betriebskosten, andererseits die Investitionskosten zusammen. Wie die Investitionskosten die Errechnung des endgültigen Strompreises bestimmen, läßt sich in allgemeiner Form nicht angeben, weil die Kapitalzinssätze variabel und von Land zu Land verschieden sind.

| Reaktortyp | Land | Investitionskosten \$/kW | Spaltstoff- und Betriebskosten mills/kWh * | Totale Energiegestehungskosten (Beispiel) |
|--|--------|-----------------------------|--|--|
| Gasgekühlter Graphit-Reaktor (Mgnox) | GB | 280 | 2,3 | Wylfa: 7 mills/kWh |
| Gasgekühlter Graphit-Reaktor (Mgnox) | F | 250 | 2,4 | EDF-3, EDF-4 7 mills/kWh |
| Siedewasser-Reaktor Druckwasser-Reaktor | USA | 140 | 2,8 | Oyster Creek, N.J. 4 mills/kWh |
| D ₂ O-gekühlter, D ₂ O-moderierter Reaktor | Kanada | 250 | 1,3 | neuestes Projekt der Ontario Hydro 4 mills/kWh |

* 1 mill = 1/1000 \$

Die höheren Investitionskosten jener Reaktoren, welche natürliches Uran benützen, werden durch die geringeren Spaltstoffkosten kompensiert. Alle drei in der Tabelle aufgeführten Reaktor-Bauarten führen heute zu vernünftigen Strompreisen. Diese werden, wie erwähnt, von der Zinssituation, aber außerdem sehr stark von der Größe der Anlage bestimmt; je größer die Anlage desto kleiner wird die pro installiertes Kilowatt notwendige Investition. Natürlich spielt die vorgesehene oder mögliche jährliche Betriebsdauer eine wesentliche Rolle bei der Bestimmung des definitiven Strompreises. Der Einfluß der jährlichen Betriebsdauer ist wesentlich mit der Frage der Betriebssicherheit der Anlage verknüpft. Nuan-

cen in den Investitionskosten oder den Spaltstoffkosten sind viel weniger wichtig als die Erprobtheit und Zuverlässigkeit der Anlage.

Um ein Bild zu geben, in welcher Größenordnung die totalen Energiegestehungskosten liegen, werden in der letzten Kolonne der Tabelle die Gestehungspreise konkreter Kraftwerksprojekte des jeweiligen Typs angegeben. Die genannten Werke sind entweder im Bau oder beschlossen; es sei bemerkt, daß es sich jeweils um sehr große Werke handelt, d. h. um elektrische Leistungen oberhalb von 500 Megawatt.

Unter den drei in der Tabelle genannten Typen stehen die kanadischen Schwerwasser-Reaktoren an Erprobtheit noch

etwas zurück. Alle drei Typen werden sich in den nächsten drei Jahren noch intensiv weiterentwickeln. Besonders bei den Wasser-Reaktoren (schweres oder leichtes Wasser) werden höhere Temperaturen und Drücke des Kühlmittels größere Wirtschaftlichkeit bringen.

Leistungsreaktoren der zweiten Generation

Vielversprechende Entwicklungen, die in den nächsten Jahren zweifellos zum Erfolg führen werden, liegen vor:

1. Auf der Tradition der gasgekühlten Graphit-Reaktoren aufbauend hat Frankreich einen schwerwassermoderierten, gasgekühlten Druckrohr-Reaktor (EL4) entwickelt.

2. Schweden entwickelt die Linie des D₂O-Druckgefäß-Reaktors; die im Bau befindliche Anlage Marviken wird erste Erfahrungen liefern und Experimente über nukleare Dampfüberhitzung ermöglichen (Nuclear Superheat).

3. In Winfrith in England ist der Steam Generating Heavy Water Reactor (SGHWR) im Bau, ein Schwerwasser-Druckrohr-Reaktor mit siedendem Kühlmittel und Möglichkeiten für Überhitzung des Dampfes.

4. In Windscale in England ist der Advanced Gas Cooled Reactor (AGR) im Betrieb, welcher die Mitte zwischen den zur Zeit in Betrieb stehenden Magnox-Reaktoren und den weiter unten erwähnten Hochtemperatur-Reaktoren einnimmt. Dieser vielversprechende Typ wird möglicherweise die nächste Etappe des englischen Leistungsreaktor-Programms beherrschen.

5. In etwas weiterer Ferne, aber durchaus konkret sichtbar stehen die Hochtemperatur-gasgekühlten-Reaktoren (HTGR), welche in drei Varianten studiert werden: USA, Peach-Bottom-Projekt; England — OECD, Dragon-Projekt; Deutschland — Euratom, Brown, Boveri/Krupp-Projekt. Wenngleich im Detail verschieden, haben diese im Bau befindlichen Reaktoren die hohen Temperaturen und das Prinzip des quasi offenen, nicht in Hüllrohren befindlichen Spaltstoffes gemeinsam.

Die Erfahrungen mit diesen, in verschiedenen Stadien der Verwirklichung befind-

lichen Reaktoren werden bestimmen, in welche Richtung die Entwicklung der nächsten zehn Jahre laufen wird. Man sieht den Ergebnissen mit Spannung und größter Aufmerksamkeit entgegen. Das Ziel ist in jedem Falle, höhere Kühlmitteltemperaturen und bessere thermodynamische Wirkungsgrade zu erreichen.

Weitere Projekte und Berichte

Zunehmendes Interesse findet das Prinzip des Schnellen Reaktors seitdem einige Maschinen dieses Typs die Anfangsschwierigkeiten überwunden haben. England, Deutschland, Rußland, Frankreich und die Vereinigten Staaten führen interessante Forschungsprogramme durch und planen Prototypkraftwerke von mehreren hundert Megawatt elektrischer Leistung. Schnelle Reaktoren sind im Hinblick auf die Ausnützung der Uranvorräte der Erde im Plutonium-Uran-Zyklus von größter Bedeutung. Kraftwerksbauten großen Stils sind in dieser Bauart allerdings nicht vor 1975—1980 zu erwarten.

In diesem Zusammenhang mag auf eine englische Arbeit hingewiesen werden, welche die ökonomische Gewinnung von Uran aus den im Meerwasser gelösten Uransalzen in den Bereich des Möglichen rückt; dadurch würden ungeheure Uranvorräte erschlossen.

Faszinierend sind Projekte, welche in kombinierten Reaktoranlagen elektrische Energie und große Mengen Süßwasser erzeugen werden. Solche Werke könnten pro Tag bis zu hunderttausend Kubikmeter Meerwasser entsalzen und entweder große Bevölkerungszentren oder landwirtschaftliche Gebiete mit Süßwasser versorgen. Verschiedene solche Anlagen werden heute ernsthaft geplant: in der Vereinigten Arabischen Republik, in Israel, in Tunesien und in Mexiko. In vier bis sechs Jahren werden erste Projekte verwirklicht sein.

Der größte Teil der Menschheit lebt heute noch in bitterster Armut und strebt nach besseren Lebensbedingungen; so ist es vernünftig, anzunehmen, daß sich der totale Energiekonsum der Erde in jeweils etwa fünfzehn Jahren verdoppelt. Bedenkt man, daß es im Jahre 2000 sechs Milliarden statt

der heute vorhandenen drei Milliarden Menschen geben wird, so ergibt sich bis zum Ende des Jahrhunderts etwa eine Verzehnfachung des totalen Energiekonsums. Etwa die Hälfte der elektrischen Energie wird dannzumal in Reaktorkraftwerken erzeugt werden. Heute stehen etwa 5000 Megawatt in Reaktorkraftwerken in Betrieb; man schätzt, daß es zu Beginn der siebziger Jahre 25000 und 1980 150000 Megawatt sein werden.

Wir haben erwähnt, daß Kraftwerke wirtschaftlicher werden, wenn man sie möglichst groß baut. Interesse finden aber auch sehr kleine Kraftwerke, welche leicht mit Flugzeugen oder Lastwagen in abgelegene Gegenden verbracht werden können. Rußland zeigte in der Ausstellung eine solche Anlage, welche auf vier Raupenfahrzeugen transportiert werden kann. Noch kleinere Apparate dienen zur Versorgung von Satelliten und Raumfahrzeugen mit elektrischer Energie und wurden sowohl von Amerika als auch von Rußland gezeigt.

Die Verwendung von Reaktoren für den Antrieb ziviler Schiffe war 1958 eine Hoffnung und ist heute verwirklicht. Ein russischer Eisbrecher und ein amerikanisches Frachtschiff stehen erfolgreich in Betrieb. Deutschland und Japan verfügen über feste Bauprojekte. Daß diese Projekte wesentlich auf den Erfahrungen im Bau reaktorbetriebener Kriegsschiffe basieren, versteht sich von selbst. Der militärische Schiffsantrieb hat aber nicht nur den zivilen Schiffsantrieb, sondern überhaupt die ganze Nukleartechnik beeinflußt. Der Druckwasserreaktor amerikanischer Bauart profitiert ganz wesentlich von den Erfahrungen der amerikanischen Marine.

Die Verwendung von Kernexplosionen für die Erzeugung künstlicher Häfen, für den Bau von Kanälen oder die Erledigung großer Erdarbeiten wird ernsthaft diskutiert. Der Verwirklichung stellen sich unter dem Verbot überirdischer Kernwafferversuche schwierige politische Probleme in den Weg.

Thermonukleare Reaktionen zur Fusion leichter Atomkerne waren 1958 ein wesentliches Thema. Heute hat man erkannt, daß

die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung entgegenstellen, enorm sind. Die Arbeit der letzten sechs Jahre hat eigentlich erst gezeigt, wie schwierig es ist, die kontrollierte Fusion zu verwirklichen; man ist wohl heute weiter vom Ziel entfernt als man 1958 glaubte. Es besteht der Eindruck, daß mindestens die nächsten dreissig Jahre das Zeitalter des Fissionsreaktors sein werden. Auch wenn die Fusions-Forschung große Erfolge wird verzeichnen können, wird der Fissionsreaktor bis weit ins nächste Jahrhundert eine wesentliche Rolle spielen.

Schlußbemerkung

Die Fülle des in Genf ausgebreiteten Materials war auch für den Fachmann erdrückend; den Überblick zu gewinnen, war schwierig, aber gerade noch möglich und ungemein lohnend. Trotz einiger durch die Größe des Treffens verursachten Unzukömmlichkeiten überwog das Positive bei weitem.

Die Konferenz bot einen Überblick über den gegenwärtigen «Stand der Kunst», wie er so vollständig und breit durch einen Einzelnen aus dem Literaturstudium nicht mit vernünftigem Zeitaufwand erarbeitet werden kann. Die Konferenz bot Einzelnen und ganzen Ländern die Gelegenheit, das selbst Erarbeitete, eigene Beurteilungen oder Arbeitsrichtungen mit den Arbeiten und Erfolgen oder Mißerfolgen anderer kritisch zu vergleichen.

Die Konferenz erfüllte außerdem einen eminent politischen Zweck, obwohl sie gänzlich und betont unpolitisch war: Sie stellte in der Ausstellung und in den Sitzungen verschiedene ebenbürtige westliche und russische Leistungen einander gegenüber. Die immer wieder zum Ausdruck gebrachte Anerkennung der Leistungen des anderen, die Begegnung im friedlichen Wettstreit um wissenschaftlichen Fortschritt erscheint uns ein kleiner Beitrag zur Verständigung der Völker; wie sollten sich die Politiker über Fragen der Atomenergie verständigen, wenn die Ingenieure es nicht könnten?

Wir fassen zusammen:
Genf 1955: Sensation und überbordender Optimismus.

Genf 1958: Konsolidierung, Auftauchen von Schwierigkeiten, Skepsis.

Genf 1964: Feststellung des Durchbruchs zu ökonomischer Energiegewinnung.

Aus den Schlußfolgerungen, die Glenn T. Seaborg, Vorsitzender der United States Atomic Energy Commission am 8. September in feierlicher Abendsitzung brilliant vortrug, zitieren wir:

“I believe this conference marks the beginning of the age of nuclear power. We can now foresee the end of the spectre of an energy shortage which has haunted the

world since the beginning of the Industrial Revolution. As nuclear power technology progresses, I believe we can provide in the future enough energy for all the peoples of the world — the energy that is central to the banishment of hunger, poverty and fear of the future.”

Man mag noch darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten ausdrücklich erklärt haben, sie könnten und wollten die freie Welt mit dem notwendigen angereicherten Spaltstoff versorgen.

Heinz Albers-Schönberg

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Abkürzungen im folgenden Text: FuW = Finanz und Wirtschaft; Kreditwesen = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen; Monatsblätter = Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik; NZZ = Neue Zürcher Zeitung; SAZ = Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung; SHZ = Schweizerische Handelszeitung; Versicherung = Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift; Werkzeugzeitung = Werkzeugzeitung der schweizerischen Industrie.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Auch in der Berichtszeit (von Juni bis einschließlich August 1964) hat die Wirtschaftspresse im allgemeinen keine Veranlassung gesehen, über Begebnisse in der *europäischen Integration* sich zu äußern. Von Gewicht ist nur die Genfer «Wirtschaftsrevue», die in ihrer Ausgabe für Juli/August ein Exklusivinterview mit dem britischen Handelsminister Edward Heath über «Großbritannien und Europa» verbreitet; darin betont Heath, daß sein Land zu Europa gehört und seine Politik sich auf einem starken Europa gründet. Weiter wird in der «NZZ» vom 18. und in der Wiener «Industrie» vom 24. 7. darauf hingewiesen, daß in der EWG «die Inflationsgefahr nicht gebannt» ist. — Zu den Genfer internationalen Konferenzen des Sommers 1964 haben die Wirtschaftszeitschriften ein lebhafteres Interesse bekundet. Der Welthandel an einem Meilenstein», so charakteri-

siert «FuW» in Nr. 51 den Abschluß der Welthandelskonferenz, den die Zeitung positiv nennt. Das «Bulletin» aus dem Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung vom 3. 7. informiert ausführlich über diese Konferenz, auf die auch der Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juli einen Rückblick wirft; er schließt mit den Worten: «Der Welthandel als Ganzes hat eine neue Richtung eingeschlagen, aus der es kein Zurück mehr gibt...» Prof. Dr. Hans Bachmann nimmt in dem auch im übrigen instruktiven Heft II der «Außenwirtschaft» eine «Standortbestimmung der westlichen Industriestaaten nach der Welthandelskonferenz» vor. In den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom August zieht Pierre Simonitsch «eine Bilanz der Welthandelskonferenz». — Der Frankfurter «Volkswirt» äußert sich am 7. 8. recht besorgt über die «Bedrohung für die Kennedy-Runde», die aus den Meinungsverschiedenheiten in den Agrarfragen erwachsen ist. — Die Wiener «Industrie» bespricht am 10. und 17. 7. gründlich «das OEEC-Modellabkommen» (vom Juli) «zur Vermeidung der Doppelbesteuerung».

Wie gewohnt lehrreich ist das vor kurzem erschienene Heft 1 des laufenden Jahrgangs der «Weltwirtschaft» aus dem bekannten Kieler ökonomischen Institut; es erörtert umfassend die internationale *Wirtschaftslage*

und die Geschäftssituation in den wichtigsten Ländern der Erde. «Was Strukturpolitik ist» und deren Möglichkeiten und Grenzen untersucht Dr. Herbert Groß als ständiger Mitarbeiter in Nr. 6 der «Betriebsführung». Von der «europäischen und schweizerischen Wirtschaftslage» handelt das Referat des Direktoriums-Präsidenten in der Nationalbank, Dr. W. Schwegler, vor der letzten Generalversammlung der Bank; es wird von der «Agrarpolitischen Revue» im Juni wiedergegeben. — «Europäische Finanzpolitik» nennt Dr. Lutz Köllner seinen Beitrag zu Heft 7 der «Monatsblätter». Am 11. 7. fragt der «Economist» danach, was in der Geldpolitik sich abspielt. «Um die Reform des Weltwährungssystems» geht es in einem Artikel der Wiener «Industrie» vom 17. 7. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft verweisen im Juli/August auf die «währungspolitische Zusammenarbeit im Internationalen Währungsfonds». — In ihrem Bericht «Von Woche zu Woche» macht die «SAZ» am 13. 8. auf Verlauf und Ergebnisse der 48. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes vom 17. 6. bis 9. 7. in Genf aufmerksam; das gleiche Thema behandelt der deutsche «Arbeitgeber» am 15. 8. — Im «Wochenbericht» des Zürcher Bankhauses Bär kann man am 2. 7. geistvolle Betrachtungen zur Frage der in der Welthandelskonferenz erörterten Präferenzzölle für *Entwicklungsländer* verfolgen. — Die stets fesselnd geschriebene «Revue Economique Franco-Suisse» behandelt in ihrer jüngsten Nr. 2 die vielseitigen Probleme der Berufsausbildung. Prof. Dr. M. Großmann referiert in der «Versicherung», Heft 5, über «die Plenarversammlung des Comité Européen des Assurances» in Stockholm. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt man im «Internationalen Gewerbearchiv», Heft 2, einen Aufsatz von Prof. Dr. A. Gutersohn: «Wohlstandsgesellschaft und Wirtschaftswachstum.»

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Das frische Heft 2 der «Gewerblichen Rundschau» wird mit Betrachtungen von Natio-

nalrat U. Meyer-Boller über «Gewerbe und Konjunkturpolitik» eingeleitet. In der «SAZ» vom 2. 7. befaßt sich Prof. Dr. E. Böhler in einem «Rück- und Ausblick» mit dem «Konjunkturdämpfungsprogramm der Schweiz». Die Presse der deutschen Bundesrepublik nimmt am Kampf der Schweiz gegen die Konjunkturüberhitzung regen Anteil; zitiert sei nur ein Artikel von René Baschy im Düsseldorfer «Industriekurier» vom 11. 7.: «Die Schweizer Börsen in der Geldentwertung.» Nationalrat Dr. Paul Bürgi unterstreicht in der «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» vom 7. 8., daß «es ernst wird mit der Konjunkturdämpfung». Im gleichen Presseorgan unternimmt es Dr. Otto Fischer am 10. und 24. 7., eine «Zwischenbilanz zum Konjunkturproblem» aufzustellen.

Das vorher genannte Heft 2 der «Gewerblichen Rundschau» bringt auch eine Arbeit des Delegierten für Handelsverträge, Minister O. Long, über «die schweizerische Handelspolitik und die Kennedy-Runde». Die Lage im Handelsverkehr der Schweiz mit Deutschland stimmt die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» im Juli nachdenklich. «FuW» legt am 15. 8. in Anlehnung an die von der Eidgenössischen Oberzolldirektion jüngst veröffentlichten Ziffern des Außenhandels im 1. Halbjahr 1964 ausführlich dar, daß der «Zollgraben durch Europa den Warenaustausch der Schweiz über die Grenzen beeinflußt hat». — In sozialpolitischer Hinsicht bringt die «SAZ» am 16. 7. lesenswerte Einzelheiten über «die erwerbstätige Bevölkerung der Schweiz». Im «Wochenbericht» von Bär, Nr. 28, verfolgt man mit Spannung den Artikel: «Die Assimilation der ausländischen Arbeitskräfte.» Nationalrat Dr. H. Häberlin begrüßt es in seiner «Werkzeitung» vom Juli, daß das Arbeitsgesetz endlich in Kraft treten konnte. Die «SHZ» weist am 6. 8. warnend auf «die Gefahr einer inneren Aushöhlung» in den Gesamtarbeitsverträgen hin. Eine umfangreiche Abhandlung über eine solche «Aushöhlung» hat Dr. Hans Rudin der «Wirtschaftsförderung» als Heft 7 ihrer «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» zur Verfügung gestellt. Am 27. 8. befaßt sich die «SAZ» mit den Grundzügen «des kommenden Arbeitsgesetzes» und am gleichen

Tage der «Wochenbericht» von Bär mit «der Tarifaufonomie der Sozialpartner».

Auf dem Gebiete der *Finanzen und Steuern* beschäftigt sich die Zeitschrift «Kreditwesen» in ihrem Heft 12 mit dem Geschäftsverlauf in den «Schweizer Großbanken 1963» und in Heft 15 mit der Übernahme der Zürcher Verwaltungsbank durch die Svenska Handelsbanken. Im «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt, Nr. 2, lesen wir von der «Investitionstätigkeit in der Schweiz und von ihrer Finanzierung». Der «Wochenbericht» von Bär verurteilt am 6. 8. «Zwangsparsenisse» in ihren verschiedenen Formen als «Übel». — Im übrigen charakterisiert Dr. Peter Straßer in Heft 6 der vorher erwähnten «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» «Stand und Probleme der schweizerischen Seidenindustrie». In den Heften 24 bis 29/30 der «SAZ» wird eine Artikelserie: «Die Wandlungen des Begriffs der Angestellten unter besonderer Berücksichtigung der Automatisierung» aus der Feder von Wilhelm Vogt einem regen Interesse ihrer Leserschaft begegnen; zu begrüßen ist die Absicht der Zeitschrift, von dieser Arbeit Separatdrucke herzustellen. «FuW» lobt am 1. 8. «den mutigen Vorstoß», den Prof. W. F. Bürgi in der Expo-Festgabe des Schweizerischen Juristenvereins zugunsten einer Revision des Aktienrechtes unternommen hat. P. Mächler-Küng fordert in der «Versicherung» vom Juli «ein langfristiges Untersuchungsprogramm für die schweizerische Versicherungswirtschaft». Als Beilage zur amtlichen «Volkswirtschaft» vom Juli erscheint die Mitteilung Nr. 167 der Kommission für Konjunkturbeobachtung: «Die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1963.» Nicht an letzter Stelle möge wieder das «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» Erwähnung finden, das in monatlicher Folge über wichtigere Ereignisse bei den Wirtschaftszweigen der Schweiz berichtet.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Die «Besserung der amerikanischen Zahlungsbilanz» in der letzten Zeit begrüßt der vom Schweizerischen Bankverein im Juni

herausgegebene «Monat». Über «Zahlungsbilanz und Außenhandel der USA» wird die «NZZ» in Nr. 204 vom 26. 7. aus New York informiert. Im «Kreditwesen» bespricht am 15. 8. Dr. L. Barangai einen Bericht aus dem USA-Kongreß über die europäischen Kapitalmärkte in amerikanischer Sicht. Die amerikanische Wirtschaftslage und der Geschäftsgang der Börsen drüben haben die Aufmerksamkeit der Schweizerischen Volksbank in ihrem «Aktuellen von Börse und Wirtschaft» geweckt. — Allgemein und *sozialpolitisch* bemerkenswert ist eine Abhandlung in der Wiener «Industrie», Nr. 25, der zufolge die «Aktivität der US-Gewerkschaften Schatten auf den Boom wirft». Prof. E. R. Morss stellt im New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom Juli Überlegungen an, wie man zweckmäßig die Arbeitslosigkeit drüben bekämpft. — Von den «neuen Hearings der Tarifkommission der USA» weiß «La Suisse Horlogère» am 6. 8. Neues zu melden.

Wirtschaftsinformationen aus sonstigen Ländern

Aus Europa: Vom Bereiche der *Beneluxunion* her untersucht Professor André Margairaz in den Heften 6 und 7 der «Steuerrevue» das neue fiskalische System in Belgien. Den Zusammenschluß der großen Vier in der niederländischen Bankwelt zu zwei Unternehmungen meldet der «Economist» am 20. 6. — Im Gegensatz zu der von der *deutschen* Industrie im allgemeinen verfochtenen Auffassung bezeichnet Herbert Ehrenberg in einem Beitrag zu Heft 6 der «Gewerkschaftlichen Monatshefte»: «Die ständig aktive Handelsbilanz» (der Bundesrepublik) «— Erfolg oder Ärgernis?» die permanenten Ausfuhrüberschüsse als «ökonomisch und sozialpolitisch sinnlos». Der «Economist» wird am 1. 8. aus Bonn mit einer Kennzeichnung des neuen Unternehmertyps in Deutschland versehen. — «FuW» handelt am 4. 7. von den «Auswirkungen der Inflationsbekämpfung in Frankreich» und am 5. 8. von «neuen Erholungswellen für französische Aktien». — Der «Economist» zeichnet sich durch einen Überblick über «die Versicherung *Großbritanniens* 1964» auf 28 Druckseiten seiner Ausgabe vom 25. 7. aus. Am 21. 8. befaßt

sich die «NZZ» in Nr. 230 mit «der ungünstigen Außenhandelsentwicklung Englands». — Die wirtschaftliche «Krisis Italiens» wird vom «Economist» am 4. 7. aufmerksam beobachtet. Dr. Livio Magnani untersucht in der «SAZ» vom 9. 7., ob «die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Wirtschaft in Gefahr ist». Rangiert in Italien die «Wirtschaftsvor der Sozialpolitik»? so fragt die Wiener «Industrie» am 14. 8. «FuW» gibt am 19. 8. der Überzeugung Ausdruck, daß «Italien vor der Zukunft bangt». — Die deutschen «Gewerkschaftlichen Monatshefte» reproduzieren im Juli aus den *nordischen Staaten* eine Würdigung des anderthalb Jahrhunderte währenden Segens eines kriegslosen Zustandes in Schweden. — Am 2. 7. äußert sich die «SHZ» über *Österreichs* Handel mit EWG und EFTA, von denen der letztere nach dem Urteil des Blattes ein größeres Wachstum aufweist. Auch in der heutigen Berichtsperiode waren die «Informationen aus Österreich» eine nützliche Nachrichtenquelle für den ökonomischen Zustand in ihrem Lande. Die Wiener «Industrie» spricht am 7. 8. davon, daß Österreich «einen Schritt näher zur EWG» gekommen sei und am 28. 8. von der «Belebung der Investitionstätigkeit» im Lande. — Über wirtschaftliche Verhältnisse in *Spanien* verbreitet sich die Schweizerische Volksbank in ihrem «Aktuellen von Börse und Wirtschaft» im Juli.

Von der übrigen Welt: Aus dem Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 6, ersieht man die Kennzeichen der «Industrialisierungspolitik im *zentralamerikanischen* Gemeinsamen Markt». Über die «in der Umformung» begriffene Wirtschaft *Australiens* unterrichtet das «Bulletin», Nr. 3, des Schweizerischen Bankvereins.

Im deutschen «Arbeitgeber» vom 15. 7. orientiert Dr. Hans Goldmann aus Rio de Janeiro über «die vorbeugende Revolution» in *Brasilien*. — Der «Economist» fordert am 8. 8. die Belieferung *Indiens* mit Brotgetreide zur Abwehr der dort drohenden Hungersnot. — «Das Exportförderungssystem in *Japan*» bildet das Thema einer Abhandlung in der vorerwähnten Nr. 6 des Hamburger «Wirtschaftsdienstes». — Die Londoner «Finan-

cial Times» äußert sich am 20. 8. befriedigt über «das Wachstum *Südafrikas*».

Wirtschaft im kommunistischen Block, West-Ost-Handel

«Neue Risse im *Ostblock*» konstatiert «FuW» am 4. 7. In der «Osteuropa-Wirtschaft» vom Juli unterzieht sich Joh. F. Tismer einer «Analyse der Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem und Verkehrsentwicklung im Ostblock».

Die Schwierigkeiten, die einem Vergleich des *sowjetischen* Wirtschaftswachstums mit dem der USA entgegenstehen, beleuchtet Harry Schwartz im New Yorker Magazin «Challenge», Nr. 9. F. Haffner setzt in dem bereits erwähnten Juliheft der «Osteuropa-Wirtschaft» den Leser ins Bild über «die Revision der Industriepreise zum 1. Januar 1965 in der Sowjetunion».

Über «die Investitionspolitik der Volksrepublik *Bulgarien*» äußert sich Prof. Dr. Dinko Toshev im Augustheft des Hamburger «Wirtschaftsdienstes». — Die «NZZ», Nr. 171 vom 23. 6., schildert «Finanz- und Wirtschaftsprobleme in *Jugoslawien*». — Der «SHZ» vom 25. 6. hat es Eindruck gemacht, wie energisch *Rumänien* sich gegenüber der Sowjetunion seiner Haut wehrt. Von diesem Drang nach Sonderstellung im kommunistischen Bereich spricht auch «FuW» am 29. 7. und der «Volkswirt» am 21. 8.

Die ökonomische Annäherung zwischen den USA und Rumänien zwingt nach Auffassung des «Economist» vom 13. 6. den gesamten Westen zur Überprüfung seiner Haltung im *West-Ost-Handel*. «Die USA-Handelspolitik auf großer Ostlandfahrt» weiß die Wiener «Industrie» am 14. 8. zu melden.

Wie üblich möge *zum Abschluß* darauf hingewiesen werden, daß die Münchner «Zeitung für kommunale Wirtschaft» im Juni die Versorgung mit elektrischem Strom, im Juli die Gaswirtschaft und im August die Abwasserfrage in den Mittelpunkt ihrer jeweiligen Ausgabe gestellt hat. (Abgeschlossen anfangs September 1964.)

Hans Posse